

6678/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend passives Wahlrecht

Im Zusammenhang mit der derzeit geltenden Regelung des passiven Wahlrechts für die Arbeiterkammern und in die Belegschaftsvertretungen gibt es mittlerweile eine umfassende Korrespondenz zwischen den zuständigen EU - Behörden und der Österreichischen Regierung. Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Wieviele Schreiben der EU sind in diesem Zusammenhang in Österreich eingelangt, zu welchen Zeitpunkten war das, und wie lautet der genaue Text dieser Schreiben?
2. Wie lauten die jeweiligen Antworten und Stellungnahmen Österreichs im genauen Wortlaut und zu welchen Zeitpunkten wurden sie jeweils abgegeben?
3. Gibt es nach wie vor unbeantwortete Schreiben? Wenn ja, warum und bis wann ist mit einer Antwort zu rechnen? Wie wird diese Antwort ausfallen?
4. Wie schätzen Sie die weitere Vorgangsweise der EU - Behörden in diesem Zusammenhang ein?
5. Wie schätzen Sie die weitere Vorgangsweise Österreichs in diesem Zusammenhang ein?